

1. Ordentlicher Länderrat 2026  
Sassnitz, 28. Juni 2026

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 18.06.2026  
Tagesordnungspunkt: W Nah am Menschen, stark im Wandel

## Antragstext

1 Deutschland im Sommer 2026: Ein erschöpftes, gereiztes, Orientierung suchendes  
2 Land geht in die Sommerferien. Ein Land, das nach Halt sucht, sich Sorgen um den  
3 Zusammenhalt macht. Viele haben das Gefühl, dass die Gemeinschaft  
4 auseinanderdriftet, dass nicht mehr selbstverständlich ist, was uns lange  
5 getragen hat. Gleichzeitig kommen viele Menschen zusammen, um gemeinsam etwas zu  
6 schaffen, sei es im Job, in Vereinen oder in der Nachbarschaft. Menschen  
7 arbeiten gemeinsam an Projekten, unterstützen sich im Alltag oder schauen  
8 einfach gemeinsam Fußball. Sie investieren, allen politischen Fehlentscheidungen  
9 zum Trotz, in die Transformation, beweisen Risikobereitschaft und übernehmen  
10 Verantwortung.

11 Es ist keine normale Zeit, kein normales Jahr, kein normaler Sommer. Es ist der  
12 Sommer, in dem sich Demokrat\*innen darüber bewusst werden müssen, was es zu  
13 bewahren, was es zu erkämpfen gilt. Es ist der Sommer, in dem sie alle  
14 Überzeugung, alle Kraft, alle Kreativität, alle Entschlossenheit mobilisieren  
15 müssen. In Sachsen-Anhalt steht die Frage im Raum, ob erstmals seit 1945 eine  
16 Partei in der Traditionslinie der Nationalsozialisten, eine  
17 verfassungsfeindliche Partei, nicht nur Diskursmacht erhält, sondern auch  
18 Regierungsmacht übertragen bekommt. Dieses Szenario ist den Umfragen zufolge  
19 weder ausgemacht noch ausgeschlossen. Es kann aber auch ganz anders kommen.

20 Für Resignation, für Fatalismus und Trägheit gibt es keinen Anlass, ganz im  
21 Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Einsatz lohnt und dass er  
22 wirkt. Als Demokrat\*innen gehen wir selbstbewusst und mit geradem Rücken und  
23 skizzieren, was sich alles erreichen lässt. Wir wollen das Versprechen erneuern,  
24 dass Veränderung Verbesserung bedeuten kann. Hoffnung ist keine naive Haltung,  
25 Hoffnung ist eine politische Praxis. Hoffnung heißt nicht: „Alles wird gut.“  
26 Hoffnung heißt: Es ist noch nicht entschieden und Handeln ändert etwas.

27 In dieser Zeit braucht es eine Bundesregierung, die das Land stabilisiert, die  
28 Halt und Orientierung gibt und die Hoffnung und Zuversicht stiftet. Die  
29 Verunsicherung ist real. Und sie hat handfeste Gründe. Viele Menschen sorgen  
30 sich vor einer Ausweitung des Krieges in Europa. Diese Sorge nehmen wir ernst,  
31 und wir geben darauf eine klare Antwort: Sicherheit entsteht nicht durch  
32 Beschwichtigung, sondern durch verantwortungsvolle Stärke. Wir stehen  
33 solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und zu unserer  
34 Unterstützung für ihre Verteidigung. Wir wissen, dass Deutschlands Sicherheit in  
35 einem geeinten, handlungsfähigen Europa am besten aufgehoben ist. Europäische

36 Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck, sondern unser stärkster Schutz gegen  
37 Aggressoren von außen und gegen das Chaos, das Trump in die Welt bringt.

38 Sicherheit heißt für uns auch Sicherheit vor wirtschaftlichem Abstieg,  
39 Sicherheit in der Energieversorgung, ein verlässlicher Sozialstaat. Für nicht  
40 wenige ist allein durch gestiegene Sprit- und Kerosinkosten der lange geplante  
41 Urlaub nicht drin oder wird eingeschränkt. Die Unsicherheit, was im Herbst, im  
42 Winter oder im nächsten Jahr an zusätzlichen Belastungen kommen mag, ist groß.  
43 Unsere Volkswirtschaft in einer andauernden strukturellen Krise, die Sorge um  
44 wirtschaftlichen und in der Folge auch persönlichen Abstieg treibt die Menschen  
45 um.

46 Wir stehen vor zentralen Weggabelungen: Lernen wir aus den Fehlern der  
47 Vergangenheit und lösen wir uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas? Oder machen  
48 wir das Gegenteil, schlicht der Ideologie halber oder als Kniefall vor dem  
49 fossilen Lobbyismus? Gibt es noch Entlastung für die besonders unter den Preisen  
50 leidenden Menschen? Oder landen die mühsam zusammengesuchten Steuergelder am  
51 Ende doch zu relevantem Anteil bei den Mineralölkonzernen und nicht in den  
52 Portemonnaies der Bürger\*innen? Erneuert die Politik das Versprechen, dass das  
53 Leben für die Menschen funktioniert, dass der Alltag bezahlbar ist, dass der  
54 Staat seinen Aufgaben nachkommt und jede und jeder den gleichen Zugang zu seinen  
55 Angeboten und Institutionen hat? Oder bleibt der zeitnahe Facharzttermin ein  
56 Privileg für Besserverdienende, die Kita-Betreuung vor Ort ein Glücksspiel und  
57 der Fahrplan eine grobe Orientierung?

58 Die Bundesregierung setzt der Verunsicherung leider wenig entgegen, sondern  
59 befeuert sie durch ständigen Streit. Tatkraft und Lösungskompetenz,  
60 Kompromissfähigkeit und Weitsicht fehlen. Die Koalitionspartner haben sich  
61 ineinander verhakt, sind von inneren Kämpfen ermattet, bewegungsunfähig, nervös  
62 und kraftlos. Das Einzige, worauf sich Union und SPD verlässlich verständigen  
63 können, sind Rückschritte im Klimaschutz – auch auf Kosten unserer Sicherheit  
64 und des Geldbeutels der Bürger\*innen.

65 Wenn der Bundeskanzler über Mathematik und Demografie spricht, hören viele  
66 Menschen: Kälte. Härte. Kahlschlag. Kein Wunder, dass Gewerkschaften und  
67 Sozialverbände gegen den drohenden Abbau sozialer Rechte und sozialer Standards  
68 Sturm laufen. Denn das, was von der Regierung in diesen Tagen als Reform  
69 präsentiert wird, führt in Wahrheit nur dazu, dass das Leben sehr vieler  
70 Menschen schlechter und schwerer wird.

71 Es braucht eine klare Perspektive, wofür es sich zu kämpfen lohnt, was erreicht  
72 werden kann, wenn alle mitmachen. Eine Perspektive, dass die Belastungen gerecht  
73 ausgestaltet und fair verteilt und eben nicht einseitig bei denen abgeladen  
74 werden, die sich am wenigsten wehren können. Diese Perspektive, dieser Aufbruch  
75 fehlt. So kann man ein Land in der Krise nicht regieren, so kann man es nicht  
76 aus der Krise führen. Das Ergebnis ist eine lange nicht dagewesene Verhärtung  
77 der politischen Debatten, innerhalb der Koalition, zwischen den Sozialpartnern  
78 und in der Gesellschaft.

79 Während die Regierung aktuell nur Privilegien und Reichtum schützt, selbst aber  
80 keine Reformen schafft, sind wir bereit, gerecht zu reformieren, zu hinterfragen  
81 und haben Lust darauf, Neues zu gestalten. Wir sehen die Zukunft nicht nur als  
82 Risiko, sondern vor allem als große Chance.

83 Deshalb wollen wir diese Zuversicht raubende Dynamik des schwarz-roten  
84 Regierungsalltags durchbrechen und ihr einen hoffnungsstiftenden Zukunftsmut  
85 entgegensetzen. Bei den nötigen Reformen geht es darum, den Sozialstaat zu  
86 erhalten und nicht abzubauen. Bei den Belastungen heißt das, zuerst bei denen  
87 anzusetzen, die sie am ehesten schultern können – und nicht bei denen, die  
88 ohnehin kaum noch über die Runden kommen. Es heißt, Privilegien und Reichtum  
89 nicht unangetastet zu lassen, während alle anderen den Gürtel enger schnallen  
90 sollen.

### 91 **Volle Kraft voraus**

92 Mit dem Rückenwind aus dem Frühjahr gehen wir voller Motivation in die  
93 anstehenden Wahlkämpfe. In Hannover und Lüneburg wollen wir die Rathäuser  
94 verteidigen. In Berlin wollen wir das Rote Rathaus gewinnen. Unser Einsatz bei  
95 den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entscheidet  
96 nicht nur darüber, wie viele Prozente BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils erreichen  
97 wird – sondern ob überhaupt noch eine stabile Regierung unter Demokrat\*innen in  
98 Magdeburg und Schwerin gebildet werden kann. Dieser Verantwortung und politische  
99 Tragweite, die weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns  
100 hinausreicht, sind wir uns bewusst. Wir glauben fest an den Wiedereinzug in  
101 beide Landtage. Wir geben dafür heute ein klares Versprechen:

102 Diese Wahlen sind nicht die Wahlen der beiden Landesverbände allein. Es sind  
103 unsere Wahlen. Wir erleben eine Partei, die so motiviert ist wie noch nie.  
104 Dutzende Kreisverbände und hunderte Einzelpersonen aus dem ganzen Land nehmen  
105 Urlaubstage, um im Wahlkampf zwischen Rügen und Saale-Unstrut mit anzupacken.  
106 Die Spendenbereitschaft ist enorm. Unsere Landesverbände sind hochmotiviert.

107 Wir bauen auf der Strukturarbeit auf, die im letzten Jahr eine neue Intensität  
108 und Dimension erlangt hat. Die Zahl der Kreisverbandpartnerschaften steigt  
109 kontinuierlich. Diente der erste Ostkongress im letzten Jahr zur kritischen  
110 Bestandsaufnahme und Analyse, zeigt der diesjährige Kongress erste Konsequenzen  
111 auf. Die Präsenz des Bundesverbands in den ostdeutschen Landesverbänden hat sich  
112 spürbar gesteigert, der neu eingerichtete Vorstandsbeirat tagt und berät zu  
113 grüner Kommunikation, Sichtbarkeit vor Ort und einer stärkeren Wirksamkeit  
114 grüner Politik. Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament haben neue  
115 Büros in Brandenburg und Thüringen eröffnet. Programmatik, Haltung und  
116 Kommunikation der Bundespartei haben sich gewandelt. Wir sind zunehmend vor Ort  
117 ansprechbar und stehen an der Seite der Menschen, die sich jeden Tag für die  
118 Demokratie und eine freie Gesellschaft einsetzen.

119 Mit diesem Beschluss setzen wir genau dort an. Wir werben bei den Wähler\*innen  
120 nicht nur dafür, die taktisch beste Wahl zu sein, um eine Machtübertragung an  
121 Rechtsextreme zu verhindern. Wir haben konkrete Vorschläge, die das Leben in

122 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und im ganzen Land verbessern,  
123 im Hier und Jetzt und für das Morgen.

124 Wir sind uns der unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Regionen  
125 bewusst. Ja, es gibt strukturelle Unterschiede. Doch der Abbau der Unterschiede  
126 ist nicht nur eine Entwicklung für diese Region, er ist Herausforderung für  
127 Alle. Es geht darum, strukturelle Gerechtigkeitslücken zu schließen und neue  
128 Perspektiven zu schaffen.

### 129 **Energie, die sich rechnet**

130 Saubere Energie ist nicht Verzicht, sondern der günstigste Weg zu bezahlbarem  
131 Strom, neuer Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen vor Ort. Wir sorgen dafür,  
132 dass die Kostenvorteile der günstigen Erneuerbaren endlich dort ankommen, wo die  
133 Energiewende gemacht wird – gerade in Ostdeutschland. Das ist gerecht: In den  
134 ostdeutschen Ländern decken die Erneuerbaren schon rund 75 Prozent der  
135 Stromversorgung – weit mehr als der Bundesschnitt von rund 56 Prozent. Mehr als  
136 ein Drittel der rund 30.000 Windenergieanlagen an Land stehen im Osten – pro  
137 Kopf dreimal so viele wie anderswo, beim Solarstrom fast doppelt so viel. Die  
138 ostdeutschen Länder sind Energieregionen und sollen es bleiben. Gleichzeitig  
139 gilt: Wer die Energiewende so trägt, soll zuerst von ihr profitieren. Als  
140 Bündnisgrüne haben wir die EEG-Beteiligung der Kommunen von 0,2 Cent je  
141 Kilowattstunde umgesetzt. Das bringt Geld für Schulen, Feuerwehr und Kitas.  
142 Jetzt braucht es Beteiligungsgesetze in allen Ländern – gut, dass es sie jetzt  
143 schon an vielen Stellen gibt. Vor Ort hat das spürbare Vorteile: von günstigeren  
144 Strompreisen bis zu Cash in die kommunalen Kassen.

145 Dafür setzen wir auf regionale Preissignale, dynamische Netzentgelte und Energy  
146 Sharing. Regionale Preissignale machen Wind- und Sonnenstrom dort günstig, wo  
147 die Anlagen stehen – effizienter, günstiger, mit direkter Teilhabe. Die genaue  
148 Zahl der Regionen bzw. auch ein langfristiger Übergang zu knotenscharfen Preisen  
149 (Nodal Pricing) ist dabei so zu gestalten, dass der Zuschnitt die Netze  
150 entlastet, die Systemsicherheit und Stabilität stärkt, unsere industriellen  
151 Kerne erhält, neue Produktionen ermöglicht und den Markt liquide hält. Eine  
152 Aufteilung in nur zwei Gebotszonen lehnen wir klar ab: Anders als ein  
153 netzscharfer Zuschnitt folgt sie keiner Engpassgrenze, sondern einer politischen  
154 Linie – sie würde das Land spalten, ohne die Kostenvorteile für alle zu heben.  
155 Gleichzeitig steuern wir mit dynamischen Netzentgelten Flexibilität und  
156 netzdienliche Speicher marktwirtschaftlich. Wer Strom nutzt, wann und wo er  
157 entsteht, wird belohnt. Dafür starten wir eine Digitalisierungsoffensive für die  
158 Netze mit Standards für digitale Anschlussverfahren, transparenten Informationen  
159 und einem geordneten Verfahren zur Priorisierung knapper Anschlusskapazitäten.  
160 Individuelle Netzanschlussvereinbarungen zwischen Netzbetreiber und  
161 Netznutzenden genauso wie die sogenannte Überbauung schaffen zusätzliche  
162 Kapazität, um bestehende Netze bestmöglich zu nutzen und Ausbau zu vermeiden.  
163 Mit Energy Sharing teilen Bürger\*innen, Genossenschaften und Betriebe selbst  
164 erzeugten Strom in der Nachbarschaft. Das ermöglichen wir endlich und machen es,  
165 wo netzdienlich, finanziell attraktiv. Erneuerbare-Energien-Anlagen,  
166 Batteriespeicher, Rechenzentren oder Industriebetriebe sollen nicht länger auf

167 den Netzausbau warten müssen. Dafür synchronisieren wir Anschluss- und  
168 Ausbauplanung und beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Netze  
169 konsequent weiter.

170 Wir wollen ermöglichen und nicht abwürgen, wie es bei Umsetzung der aktuellen  
171 Vorschläge der Bundesregierung zum Netzengpassmanagement drohen würde. Wir  
172 wollen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und  
173 Energiemarktakteuren verlässliche Regeln entwickelt, die die regionalen  
174 Unterschiede beim Stand der Energiewende und dem Netzausbau berücksichtigen.  
175 Auch die Verteilnetzplanung muss dafür verbindlicher werden. Wir müssen die  
176 Pflicht der Netzbetreiber zum bedarfsgerechten Ausbau erhalten, um die  
177 Energiewende nicht zu gefährden.

178 Mit Märkten, die die Realität im Netz abbilden, sorgen wir für grüne Energie aus  
179 der Region, für die Region. All das macht Strom günstiger, Heizen, Kühlen und  
180 Elektromobilität wird bezahlbarer. So verdrängen wir über eine schnellere  
181 Elektrifizierung Öl und Gas. Hierfür haben wir im vergangenen Herbst bereits  
182 umfassende Beschlüsse vorgelegt. Davon profitiert das ganze Land: weniger  
183 Netzengpässe und teure Noteingriffe, weniger neue Gas-Kraftwerke, ein stabiles  
184 Stromsystem auch in unruhigen Zeiten, die Systemkosten fallen für alle. Die  
185 wenigen Back-up-Kraftwerke, die wir für die Systemstabilität noch brauchen,  
186 laufen zu Beginn mit Gas, dann mit grünem Wasserstoff.

187 Gerade im Sommer gilt: Wer sein E-Auto mittags lädt, dem schickt die Sonne keine  
188 Rechnung. Mit dem Solarbonus geben wir 600 kostenlose Sonnenstunden an Haushalte  
189 und Betriebe weiter. Regionen mit über 100 Prozent erneuerbarer Erzeugung  
190 bekommen 300 Stunden extra. Wo Strom günstig und sauber ist, siedeln sich  
191 Rechenzentren, grüner Wasserstoff und neue Industrien an. Das bedeutet  
192 Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort. Gleichzeitig gilt: Kein  
193 bestehender Industriestandort wird schlechtergestellt; stromintensive Betriebe –  
194 egal wo – schützen wir vor Mehrkosten, etwa über einen Industriestrompreis  
195 finanziert mit den Effizienzgewinnen der Reform. So macht sich die Energiewende  
196 mit schwarzen Zahlen auf der Stromrechnung bezahlt – fair für die Regionen,  
197 günstiger für alle, stark für den Standort.

#### 198 **Starke Wirtschaft durch Innovation**

199 Wir streiten für einen starken Wirtschaftsstandort. Dafür braucht es weniger  
200 Bürokratie, günstigere Energie, mehr Fachkräfte und ausreichend Investitionen in  
201 Infrastruktur. Aber die Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft sind  
202 Forschung an neuen Technologien und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Neue  
203 Unternehmen mit modernen, nachhaltigen Technologien helfen auch dabei,  
204 strukturelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland abzubauen.

205 Grüne Wirtschaftspolitik vereint Innovation, Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit:  
206 regionale Wertschöpfung statt fragiler Abhängigkeiten, eigene  
207 Technologieführerschaft statt verlängerter Werkbank, nachhaltige Investitionen  
208 statt kurzfristiger Profitorientierung.

209 Innovation entsteht im Mittelstand. Wir wollen Investitionen fördern, indem wir  
210 Gewinne, die in Forschungs-, Innovations-, oder Modernisierungsinvestitionen

211 fließen, besserstellen als Gewinne, die ausgeschüttet werden. Wir setzen uns  
212 konsequent für den Mittelstandsfonds ein, der durch öffentliches und gehebeltes  
213 privates Kapital eine wichtige Lücke bei der Finanzierung von mittelständischen  
214 Investitionen schließen würde. Außerdem braucht der Mittelstand Fairness in der  
215 Unternehmensbesteuerung, die wir durch konsequente Besteuerung von  
216 multinationalen Konzernen erreichen wollen.

217 Innovation entsteht in Start-Ups. Wir wollen es Pensionskassen und  
218 Versicherungen ermöglichen, stärker in Venture-Capital-Fonds zu investieren und  
219 so Wachstumsfinanzierung für Start-Ups bereitzustellen. Damit ein europäisches  
220 Start-Up künftig nicht 27-mal Recht, Steuern und Bürokratie neu anwenden muss,  
221 wenn es in Europa wachsen will, fordern wir eine schnelle Einführung einer neuen  
222 europäischen Rechtsform als sogenanntes 28. Regime.

223 Innovation entsteht in der Forschung. Es braucht eine gezielte Stärkung der  
224 Hochschulfinanzierung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich  
225 mehr als 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung  
226 investieren. Um Ausgründungen und IP-Transfers aus Hochschulen zu fördern,  
227 verschaffen wir den Start-Up-Factories einen Schub und stärken die EXIST-  
228 Hochschulförderung in der Breite.

### 229 **Entlastung, die da ankommt, wo sie gebraucht wird**

230 Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden am meisten unter steigenden  
231 Preisen. Sie brauchen strukturelle Entlastung und das klare Zeichen, dass sich  
232 Mehrarbeit auch finanziell lohnt. Der Staat muss den arbeitenden Menschen ein  
233 angemessenes und ausreichendes Einkommen ermöglichen. Das ist nicht nur ein  
234 Gebot der grundlegenden Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung für Teilhabe  
235 an der Gesellschaft und Motor der Binnennachfrage.

236 Wir wollen den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro anheben. Das bedeutet für  
237 eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern eine Entlastung von rund 120 bis  
238 150 Euro im Jahr. Den Arbeitnehmerpauschbetrag wollen wir auf 1.500 Euro erhöhen  
239 und so auch für eine deutliche Bürokratieentlastung sorgen. Für sehr hohe  
240 Einkommen wollen wir eine neue Tarifstufe einführen. Ab einem zu versteuernden  
241 Einkommen von 120.000 Euro soll diese bei 45 Prozent starten und ab 250.000 Euro  
242 bei 48 Prozent liegen.

243 Um sowohl diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen als auch Unternehmen zu  
244 entlasten, müssen wir auch die Sozialabgaben angehen und ihren Anstieg bremsen.  
245 Die Bundesregierung hat zum Beispiel die Chance verpasst, die  
246 Krankenkassenbeiträge um 2 Prozentpunkte zu senken. Das hätte eine vierköpfige  
247 Familie mit mittlerem Einkommen um rund 800 Euro pro Jahr entlastet. Wir  
248 unterstützen jene Vorschläge der Kommission zur Modernisierung des Sozialstaats,  
249 die dazu führen, dass Sozialleistungen Menschen einfacher und verständlicher  
250 erreichen und die gleichzeitig Einsparpotenziale bieten. Entscheidend sind  
251 einheitliche Definitionen, Vereinfachung, Digitalisierung und Automatisierung.

252 Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von steigenden Preisen  
253 überdurchschnittlich betroffen. Sie brauchen unsere vorrangige Unterstützung.  
254 Die Anrechnungsregeln beim Unterhaltsvorschuss sollen so reformiert werden, dass

255 künftig mindestens die Hälfte des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden  
256 ankommt. Das Ehegattensplitting soll für neue Ehen weiterentwickelt und der  
257 Splittingvorteil auf die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags begrenzt werden.  
258 Das eingesparte Geld soll durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des  
259 Kinderfreibetrags bei den Familien bleiben, wodurch gerade Familien mit geringem  
260 Einkommen profitieren. Um die Vereinbarkeit von Job, Haushalt und Betreuung zu  
261 erhöhen, führen wir ein Gutscheinmodell ein, mit dem Familien Zuschüsse für  
262 haushaltsnahe Dienstleistungen erhalten. Außerdem wollen wir die steuerliche  
263 Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten deutlich erhöhen.

264 Angesichts der zweiten fossilen Energiepreiskrise in wenigen Jahren braucht es  
265 auch hier Entlastungen an der richtigen Stelle. Die Stromsteuer muss endlich für  
266 alle gesenkt werden, für Haushalte sowie für kleine und mittlere Unternehmen,  
267 nicht nur für die große Industrie. Das entlastet sofort und setzt gleichzeitig  
268 den richtigen Anreiz Richtung Elektrifizierung. Eine Senkung der Netzentgelte  
269 durch geringere Kosten beim Netzausbau und die Einführung eines  
270 Amortisationskontos, dass die Kosten über mehrere Generationen verteilt, würde  
271 die Menschen und Betriebe zusätzlich bei der monatlichen Stromrechnung  
272 entlasten.

273 Fast die Hälfte der Bürger\*innen hat keine 2.000 Euro an Rücklagen. Sie stehen  
274 bereits aufgrund einer kaputten Waschmaschine mit dem Rücken zur Wand. Wir  
275 wollen den Sparerpauschbetrag von 1.000 Euro auf 2.000 Euro erhöhen, den  
276 Zuschuss der Arbeitnehmer-Sparzulage fürs Fondssparen deutlich erhöhen und die  
277 private Altersvorsorge durch einen Bürgerfonds mit automatischer Teilnahme für  
278 alle bei Nichtwiderspruch stärken.

279 Damit diese Entlastungen finanziert werden können, müssen wir die existierenden,  
280 offensichtlichen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen. Bei der  
281 Erbschaftssteuer wollen wir die 300-Wohnungen-Regelung und die 26-Millionen-  
282 Regel abschaffen. Gewinne aus Krypto-Verkäufen müssen endlich besteuert werden.  
283 Digitalkonzerne dürfen nicht länger ihre Gewinne ins Ausland verschieben können,  
284 sondern sollen künftig 10 Prozent Digitalsteuer auf Umsätze in Deutschland  
285 entrichten. Und ein stärkerer Einsatz gegen Finanzkriminalität versteht sich  
286 eigentlich von selbst. Der jährliche Schaden durch Steuerhinterziehung wird  
287 immerhin auf über 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

### 288 **Bildung und Kultur vor Ort: Zukunftschancen für alle!**

289 Bildung ist die Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft und unserer  
290 innovativen Wirtschaft. Bildung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Bei der  
291 Bildung zu kürzen, ist nicht nur eine soziale Bankrotterklärung, sondern wird  
292 unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig enorm schaden. Für uns ist klar: Jedes  
293 Kind sollte gerechte Chancen auf gute Bildung haben.

294 Gerade in sehr ländlichen Regionen wird dieser Anspruch durch Schulschließungen  
295 und mangelnde Kinderbetreuung gefährdet. Es braucht mehr Investitionen in  
296 Bildungseinrichtungen vor Ort, etwa durch eine Ausweitung des Startchancen-  
297 Programms. Auch in sehr ländlichen Regionen sollte die nächste Kinderbetreuung

298 idealerweise nicht weiter als 15 Minuten entfernt sein und örtliche Grundschulen  
299 erhalten bleiben.

300 Bibliotheken gehören zu den für alle zugänglichen Orte für Bildung und  
301 Begegnung. Sie unterstützen gerade dort, wo Kinder zu Hause weniger  
302 Möglichkeiten haben. Wir wollen, dass Bibliotheken flächendeckend erreichbar  
303 sind und ihre unabhängige Arbeit fortsetzen können.

304 Viele Projekte des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sorgen für  
305 Demokratiebildung und helfen, mit unterschiedlichen Ansichten und Meinungen  
306 umzugehen. Sie nehmen unsere Geschichte des Nationalsozialismus als  
307 immerwährende Verantwortung in den Blick und das Erbe der friedlich gebliebenen  
308 Revolution. Damit sind sie ein sehr wichtiger Ort von Bildung und Begegnung mit  
309 kompetenten Mitarbeitenden, die gerade auf dem Land im Osten Deutschlands  
310 erhalten bleiben müssen.

311 Kultur macht unsere Heimat aus. Gerade auf dem Dorf sind Kulturangebote oftmals,  
312 neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der kirchlichen Jugendarbeit, die einzigen  
313 Orte neben der Schule, die Anknüpfungspunkte für Gemeinschaft und Engagement  
314 sind. Ob Chor oder Tanz, Malen oder Blaskapelle - mit der Kulturstiftung des  
315 Bundes oder vom Bund unterstützten Programmen wie „Land lebt doch“ oder  
316 „Neulandgewinner“ können solche ländlichen Projekte immer wieder gut unterstützt  
317 werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sie künftig so ausgestattet sind, dass  
318 gute Projekte nicht am Geld scheitern, zumal in Ostdeutschland sehr viel weniger  
319 private Spenden oder Stiftungsgelder landen.

### 320 **Auf geht's!**

321 Deutschland im Herbst 2026, wie wird es aussehen? Die Wahlen im September können  
322 eine große Wirkung über die jeweiligen Länder hinaus haben. Gleichzeitig ist es  
323 nicht weniger entscheidend, wie der Rest des Landes, wie die Politik darauf  
324 reagiert. Es geht nicht allein darum, die Demokratie zu verteidigen – es geht  
325 darum, sie zu leben, sie als alltägliche Haltung, vor allem auch als Tätigkeit  
326 zu begreifen. Ihr Versprechen zu erneuern.

327 Wir lieben unsere Demokratie. Sie braucht aber jeden Tag die Bereitschaft, sich  
328 selbst zu hinterfragen, für Offenheit im Diskurs einzutreten und den Menschen im  
329 Gegenüber zu sehen. Das ist unser Bündnisgedanke: Den Menschen zuzuhören und  
330 Fragen zu stellen, anderen Meinungen Raum zu geben und gleichzeitig unsere  
331 Positionen deutlich zu machen und für Zustimmung werben.

332 Nein, Deutschland ist nicht pauschal veränderungsmüde. Die Menschen sind es  
333 nicht. Viele, sehr viele, sind – ganz im Gegenteil – erneuerungsbegierig. Sie  
334 wollen den Kern dessen erhalten, was ihre Heimat prägt: Tradition und  
335 Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Geborgenheit und Sicherheit. Und sie wissen, dass  
336 sich dafür Dinge wandeln müssen, dass wir einiges ändern müssen. Sie sind bereit  
337 für Erneuerung. Wir sind es auch.